

Es gilt das gesprochene Wort – Sendesperrfrist: Redebeginn!

**Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung erreichbar?**

Rede von

Arbeitgeberpräsident
Dr. Dieter Hundt

BDA Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

Tel. +49 30 2033-1800
Fax +49 30 2033-1805

<http://www.arbeitgeber.de>

**18. Unternehmertag der Wirtschaft
in Berlin und Brandenburg
Berlin, 8. September 2008**

Der technische Fortschritt, neue Kommunikations- und Informationswege, immer günstigere Transporttechniken verändern die Welt und das Leben der Menschen. Sie ermöglichen eine weltweite Vernetzung und Verflechtung nie gekannten Ausmaßes.

Dabei findet der Globalisierungsprozess auf allen Ebenen statt. Er umfasst Individuen und Gesellschaften, und er hat Einfluss auf alle Lebensbereiche. Durch geopolitische Veränderungen wie den Fall des Eisernen Vorhangs, den Zusammenbruch des Warschauer Paktes und die EU-Osterweiterung hat die Globalisierung in den letzten beiden Jahrzehnten noch deutlich an Fahrt gewonnen.

Manch einem mag das Tempo zu rasant erscheinen. Doch die Entwicklung ist nicht aufhaltbar. Sie ist im Grunde sogar ein alter Menschheits Traum: die Vision von der einen Welt, in der Menschen und Völker global in ständigem Austausch miteinander stehen.

Natürlich bringen weltumspannende Veränderungen auch Risiken und bedrohliche Entwicklungen mit sich. Ich nenne nur die internationale Finanzmarktkrise oder auch den internationalen Terrorismus. Wenn in den USA Immobilien überbewertet werden, macht sich das auch bei uns bemerkbar. Und wenn der islamistische Terror im wahrsten Sinne des Wortes keine Grenzen mehr kennt, hilft es uns nicht, einfach wegzuschauen.

Bei alledem dürfen die Probleme uns aber nicht den Blick für die großartigen Chancen der Globalisierung verstellen. Gerade Deutschland zählt zu den Globalisierungsgewinnern. Wir leben in Frieden und Freiheit, eingebettet in die westliche Wertegemeinschaft, von wirtschaftlichen und militärischen Partnern umgeben.

Die positiven wirtschaftlichen Wirkungen der Globalisierung werden dagegen leider viel zu oft übersehen oder gar bewusst ignoriert – wohl auch, weil sie uns zu selbstverständlich geworden sind.

Deutschland profitiert in besonderem Maße von der zunehmenden Verflechtung. Immerhin 45 Prozent unserer Wirtschaftsleistung resultieren aus dem Export. Die deutsche Exportwirtschaft sichert direkt und indirekt rund jeden fünften Arbeitsplatz, weil deutsche Erzeugnisse weltweit gefragt sind.

Das ist aber keine Selbstverständlichkeit, sondern liegt auch daran, dass Unternehmen verstärkt günstige Vorleistungen aus dem Ausland beziehen. 1995 lag der Anteil der ausländischen Wertschöpfung an den deutschen Warenexporten noch bei 30 Prozent, zehn Jahre später waren es bereits über 45 Prozent.

Eine andere Strategie globalen Ausmaßes ist die Produktionsverlagerung. Der wirtschaftliche Erfolg – also die internationale Wettbewerbsfähigkeit – muss immer wieder aufs Neue hart erarbeitet werden. Wegen der immer noch hohen Arbeitskosten in Deutschland ist das keine einfache Angelegenheit.

Nicht selten sind Standortverlagerungen ins Ausland die letzte Chance, um die Existenz eines Unternehmens – und damit auch alle in Deutschland verbleibenden Arbeitsplätze – zu sichern. In den Jahren der Rezession und Stagnation bis 2005 waren in den Unternehmen häufig schmerzhaft Eingriffe nötig, die niemandem leicht gefallen sind.



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?

Bei vielen mittelständischen Unternehmen ging es ums nackte Überleben. Produktionsverlagerungen boten die Chance, aus den roten Zahlen zu kommen. Auf diese Weise konnten hier bei uns zahlreiche Arbeitsplätze gerettet werden.

Globalisierung verschärft den Wettbewerb von Unternehmen und Standorten. Immer mehr Betriebe agieren auf den Weltmärkten und konkurrieren miteinander. Die Attraktivität eines Standortes – also die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – entscheiden über Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze.

Ein wirtschaftsfreundliches Klima, das auf unserer freiheitlichen, auf Eigenverantwortung fußenden demokratischen Grundordnung beruht, in dem Leistung und Gewinnstreben als etwas Positives und Notwendiges gelten, ist der beste Boden für unternehmerisches Handeln.

Leistungsbereitschaft und Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung können aber nur gedeihen, wenn sich der Staat aus unternehmerischen Entscheidungen heraushält und sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentriert.

Wir brauchen keine populistischen Staatsaktionen. Wir brauchen kein staatliches Lohndiktat – weder durch gesetzliche Mindestlöhne noch durch politisch festgelegte Höchstlöhne für Manager.

Entlohnung und erbrachte Leistung müssen in einem angemessenen, rentablen Verhältnis stehen. Das gilt für den Arbeiter in der Produktion ebenso wie für den Manager eines Konzerns.

Wir alle sind gefordert, Politik und Öffentlichkeit über die verheerenden Folgen gesetzlicher Mindestlöhne aufzuklären, die im Gewande sozialer Gerechtigkeit daherkommen.

Gesetzliche Mindestlöhne sind unsozial. Sie vernichten Arbeitsplätze und verhindern, dass Langzeitarbeitslosen, Geringqualifizierten und Berufsanfängern der Einstieg in Arbeit gelingt. Sie sind ein Eingriff in den Wettbewerb, der zulasten von Wachstum und Beschäftigung geht.

Wir brauchen ökonomisch sinnvolle Einstiegsgehälter, um Chancen auf Einstieg in Arbeit zu schaffen. Sozial benachteiligte Menschen mit einem gesetzlichen Mindestlohn dauerhaft vom Arbeitsmarkt fernhalten ist jedenfalls bestimmt kein geeignetes Mittel, um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen.

Die Aufgabe des Staates ist es, jedem Menschen in Deutschland ein Mindesteinkommen zu garantieren. Das sozialpolitische Ziel muss heißen: Mindesteinkommen statt Mindestlohn!

Mit dem aufstockenden Arbeitslosengeld II haben wir bereits heute ein solches Instrument. Und wenn in letzter Zeit die Zahl der Menschen gestiegen ist, die Anspruch auf lohnergänzende Unterstützung haben, so ist das der Beweis, dass dieses System auch tatsächlich funktioniert.

Viele der so genannten „Aufstocker“ haben erst durch die staatliche Unterstützung die Chance, wieder in Beschäftigung zu gelangen. Waren sie zuvor als Fürsorgeempfänger zu 100 Prozent auf staatliche Leistungen angewiesen, so können sie nun zumindest einen Teil ihres Einkommens selbst verdienen. Sie erhalten mit diesem Einstieg in den Arbeitsmarkt zudem die Möglichkeit, ganz aus der staatlichen Abhängigkeit herauszukommen.



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?

Genauso wenig wie einen gesetzlichen Mindestlohn brauchen wir staatlich festgelegte Lohnhöchstgrenzen. In der Diskussion über Managergehälter werden allzu oft alle Führungskräfte über einen Kamm geschoren, wirtschaftsfeindliche Stimmungen geschürt – mit fatalen Folgen in der Öffentlichkeit.

Ich will leider existierende Negativbeispiele nicht verheimlichen. Aber es handelt sich um Einzelfälle, die auch als solche eingeordnet werden müssen. Wenn Spitzenmanager in Zukunft einen Bogen um Deutschland machen, weil sie woanders besser bezahlt und freundlicher empfangen werden, kann das nicht in unserem Interesse sein. In einer globalisierten Wirtschaft funktioniert der Wettbewerb nach internationalen Regeln.

Staatsdirigismus beginnt aber schon, wenn sich Politiker lautstark in laufende Tarifverhandlungen einmischen. Um es deutlich zu sagen: Tarifpolitik ist Sache der Tarifparteien. Wo Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Löhne aushandeln, hat die Politik sich herauszuhalten.

Die von den Tarifparteien zu verantwortende moderate Lohnentwicklung hat maßgeblich zum jüngsten Beschäftigungsaufbau beigetragen. Statt kluge Ratschläge zu geben sollte sich die Politik um beschäftigungsfreundlichere Rahmenbedingungen bemühen. Das ist ihr Verantwortungsbereich.

Ich bin überzeugt, dass die Zahl von aktuell 3,2 Millionen Arbeitslosen weiter gesenkt werden kann. Das wäre ein Erfolg, den wir letztmalig 1974 verbuchen konnten. Es ist aber nur machbar, wenn nicht nur Unternehmen und Tarifparteien, sondern auch die Politik alle notwendigen Anstrengungen unternimmt.

Leider gehen die Bemühungen der Großen Koalition in eine andere Richtung: Längeres Arbeitslosengeld, höhere Pflegesätze und Extra-Rentenerhöhungen. Immer neue Belastungen beschränken den Spielraum zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Seit Juli 2008 sind die Beiträge zur Sozialversicherung in Deutschland wieder über die magische 40 Prozent-Marke geschneit, obwohl sich die große Koalition das Ziel gesetzt hatte, die Beiträge dauerhaft zu senken. Das belastet Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.

Grund sind die gestiegenen Beiträge zur Pflegeversicherung. Die beschlossenen Leistungsausweitungen verschärfen zudem die zukünftigen Finanzierungsprobleme.

Auch die populistische Manipulation an der Rentenformel zulasten der Beitragszahler trat zum 1. Juli in Kraft. Rentenanpassungen müssen klaren Regeln folgen und dürfen nicht zum Spielball politischer Willkür werden.

Zuletzt war die gegen den Willen der Krankenkassen durchgesetzte Anhebung des Honorarvolumens für die niedergelassenen Ärzte ein Schlag ins Gesicht der Beitragszahler. Die Bundesregierung muss jetzt Antworten geben, wie der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung trotzdem stabil gehalten werden kann.

Der einheitliche Beitragssatz, den die Bundesregierung bis zum 1. November vorzugeben hat, muss im nächsten Jahr unter allen Umständen auf einen Wert unter 15 Prozent begrenzt werden. Ein weiterer Anstieg über das aktuelle Re-



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?

kordniveau von 14,92 Prozent hinaus ist weder gesundheitspolitisch erforderlich noch konjunkturell verantwortbar.

Wir können die Chancen der Globalisierung nicht ausschöpfen, wenn die Bundesregierung ständig neue Wahlgeschenke auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung verteilt.

Die Politik muss wieder auf den richtigen Reformkurs zurückkehren. Das gilt etwa auch in der Zeitarbeit, wo nach wie vor staatliche Eingriffe und bürokratische Regelungen drohen.

Zeitarbeit ist nicht nur eine Flexibilitätsreserve für Unternehmen, sondern vor allem auch ein wesentlicher Motor des Arbeitsmarktes, der nicht durch neue Regulierung gebremst werden darf.

Rund einem Drittel der Zeitarbeitnehmer gelingt der Sprung in eine dauerhafte Beschäftigung beim entleihenden oder einem anderen Unternehmen. Zwei Drittel der in Zeitarbeit beschäftigten Arbeitnehmer waren zuvor arbeitslos, rund 15 Prozent sogar länger als ein Jahr ohne Beschäftigung.

Ich habe überhaupt kein Verständnis für Forderungen, wie sie von Teilen der SPD und der Gewerkschaften erhoben werden, die Zeitarbeit wieder zu regulieren. Eine „Reregulierung“ der Zeitarbeit ist das Gegenteil dessen, was Wirtschaft und Arbeitsmarkt brauchen. Deshalb begrüße ich auch, dass sich die Bundeskanzlerin deutlich gegen die Aufnahme der Boombranche Zeitarbeit in das Entsendegesetz ausgesprochen hat.

Ebenso falsch ist es, die Bezahlung von Praktikanten gesetzlich regeln zu wollen. Das würde ein flexibles und bewährtes Instrument unnötig bürokratisch hemmen. In den meisten Fällen ist die Anstellung von Praktikanten eine Investition in deren Beschäftigungsfähigkeit, die für die Unternehmen mit Zeit und Kosten verbunden ist.

Selbstverständlich dürfen Praktikanten von keinem Unternehmen als billige Ersatzarbeitskräfte ausgenutzt werden. Wir deutschen Arbeitgeber setzen uns daher für faire Praktika ein. Inakzeptable Einzelfälle dürfen auch hier nicht zu einem angeblichen Massenphänomen aufgebauscht werden.

Ich beobachte mit Erstaunen und Schrecken, dass sich die Politik bereits heute wieder von der Agenda 2010 verabschiedet, anstatt auf deren messbare Erfolge hinzuweisen und den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Die Arbeitsmarktreformen haben maßgeblich zu einer Verbesserung der Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes beigetragen:

- Weit über eine Million neue Arbeitsplätze wurden in den letzten zwei Jahren geschaffen.
- Die Zahl der Arbeitslosen ist mit 3,2 Millionen so gering wie seit 16 Jahren nicht mehr.
- Mit 27,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und mehr als 40 Millionen Erwerbstätigen ist die Arbeitsmarktbilanz überaus positiv.



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?

Bis zu zehn der insgesamt 180 Bezirke der Bundesagentur für Arbeit haben vor allem im süddeutschen Raum das Ziel der Vollbeschäftigung bereits erreicht und melden eine Arbeitslosenquote von weniger als vier Prozent.

Die Zahl der offenen Stellen liegt mit rund einer Million um 20 Prozent höher als noch vor einem Jahr. Auch Langzeitarbeitslose und Ältere fassen auf dem Arbeitsmarkt wieder Tritt.

Diese Erfolge sind ein sehr guter Grund, um die Reformanstrengungen noch einmal zu intensivieren statt aus Angst vor den demagogischen Sprüchen der Linkspartei die Fahne einzurollen.

Vor diesem Hintergrund muss die aktuelle Diskussion um einen wachsenden Niedriglohnsektor in Deutschland dringend versachlicht werden. Immer wieder wird der Versuch unternommen, mit veralteten, die Realität verzerrenden Zahlen Stimmung zu machen gegen einen Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten und für einen gesetzlichen Mindestlohn.

Dabei wird die nachweisbar positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus ideologischer Verblendung ignoriert: Es wird unterschlagen, dass es vor allem durch eine verstärkte Erschließung des Arbeitsmarkts für einfache Tätigkeiten erstmals seit Jahren gelungen ist, auch den harten Kern der so genannten Sockelarbeitslosigkeit aufzubrechen.

Im vergangenen Jahr haben rund 700.000 Arbeitslosengeld II-Empfänger den Einstieg in eine ungeforderte Erwerbstätigkeit geschafft. Auch für die verbliebenen, immer noch gut 1,1 Millionen arbeitslosen Hartz IV-Empfänger ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist eine einfache Tätigkeit oft die einzige Chance auf Beschäftigung.

Die durch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 erreichte bessere Erschließung des Niedriglohnsektors hat entscheidend zum gegenwärtigen Beschäftigungsboom beigetragen.

Wir brauchen einen funktionierenden Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten. Was wir nicht brauchen sind gesetzlich fixierte Löhne. Ein eher gering bezahlter Job ist allemal besser als gar kein Arbeitsplatz und die dauerhafte, am Selbstbewusstsein nagende Alimentation durch den Staat.

Die Herausforderung für die Zukunft ist es, die Beschäftigungschancen der Menschen durch Investitionen in Bildung zu verbessern. Denn während in den vergangenen drei Jahrzehnten die Arbeitslosenquote der Hoch- und Fachschüler bei 3 Prozent lag, verharrte die der Arbeitskräfte ohne Berufsabschluss bei dramatischen 20 Prozent.

Damit sind wir bei einem entscheidenden Zukunftsthema für den Standort Deutschland angelangt: Bildung ist der wahrscheinlich wichtigste Faktor zur Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts kommt es mehr als je zuvor auf das Know-how der Menschen an – darauf, dass Mitarbeiter hoch qualifiziert und gut ausgebildet sind. Der Kampf um die besten Ideen und Köpfe ist bereits heute global in vollem Gange.

Deutsche Unternehmen schließen jedes Jahr rund 600.000 neue Ausbildungsverträge ab und investieren jährlich 28 Milliarden Euro in die Ausbildung des



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?

Nachwuchses. Dabei engagiert sich etwa jeder siebte Betrieb über den eigenen Bedarf hinaus.

Aber jeder, der mit Fragen der Ausbildung befasst ist, kennt das Problem der fehlenden Ausbildungseignung:

- 8 Prozent der Schulabgänger haben keinen Schulabschluss,
- fast 20 Prozent der jungen Leute sind nicht ausbildungsfähig,
- mehr als 20 Prozent brechen die betriebliche Ausbildung oder das Studium ab.

Hier nun aber ist in der Tat der Staat gefordert! Die Verbesserung unseres Bildungssystems ist für die Erwerbs- und Beschäftigungsfähigkeit der Menschen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft essenziell.

Wir brauchen eine Bildungspolitik mit tatsächlichen Aufstiegschancen, welche die Durchlässigkeit des Bildungssystems gewährleistet und damit die Möglichkeit des beruflichen Vorankommens schafft.

Eine Gesellschaft, die Bildung nicht als drängendes Zukunftsthema erkennt, steuert in die Armut von morgen. Wer von Vollbeschäftigung spricht, darf von Bildung nicht schweigen.

Der internationale Vergleich zeigt uns eindrücklich: Wir brauchen ein deutlich größeres Interesse junger Menschen an Naturwissenschaften und Technik. Offenbar kommt der Unterricht bei den Schülern nicht so gut an, als dass sie die große Bedeutung dieser Fächer erkennen könnten und sich auch beruflich in diese Richtung orientieren wollten.

Nach Zahlen des Instituts der deutschen Wirtschaft vom April dieses Jahres fehlen dem deutschen Arbeitsmarkt derzeit 95.000 Ingenieure. Die volkswirtschaftlichen Kosten des Ingenieurmangels belaufen sich jährlich auf rund 7 Milliarden Euro. Jedes fünfte Unternehmen muss Aufträge absagen, und in jedem dritten Unternehmen kommt es zu Verzögerungen in der Projektabwicklung.

Wenn nichts passiert, wird sich dieser besorgniserregende Trend durch den drastischen demografischen Wandel in den nächsten Jahren und Jahrzehnten spürbar verschärfen.

Gemeinsam mit dem BDI hat die BDA die Initiative „MINT Zukunft schaffen“ ins Leben gerufen, mit der wir die Zahl der Studierenden in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik erhöhen wollen.

Dabei wollen wir die vielfältigen und seit Jahren sehr erfolgreich arbeitenden MINT-Initiativen von Unternehmen und Verbänden stärker vernetzen und in der Öffentlichkeit sichtbarer machen. Nicht zuletzt wollen wir damit auch den Druck auf die Politik erhöhen, mehr für die Förderung der wirtschaftlich so bedeutenden MINT-Fächer zu tun.

Es ist keine weltfremde Träumerei, wenn der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Professor Bert Rürup, die Meinung vertritt, dass mittelfristig eine Arbeitslosenquote von drei bis vier Prozent möglich ist.



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?

Die entscheidende Frage ist, ob es uns in allernächster Zeit gelingt, die Weichen richtig zu stellen. Das gilt für die Politik, aber auch für die Wirtschaft und die Sozialpartner.

Die Tarifvertragsparteien müssen ihre moderate, flexible und damit beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik der vergangenen Jahre fortsetzen. Die Politik sollte das Gleiche mit den richtigen und wichtigen Reformen der Agenda 2010 tun.

Ich kenne und schätze Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier als verlässliche und geradlinige Partner. Steinmeier ist der Architekt, Müntefering der Baumeister der Agenda 2010. Mir hat imponiert, wie Müntefering gegen alle Widerstände die Rente mit 67 durchgesetzt und als Arbeitsminister bis zuletzt gegen die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I gekämpft hat.

Der Wechsel zu Müntefering und Steinmeier bietet die Chance, die Agenda 2010 entschlossen fortzusetzen. Da auch die Bundeskanzlerin die Fortsetzung der Agenda angekündigt hat, muss die Große Koalition nun alles unternehmen, um Wachstum und Beschäftigung angesichts dunkler Wolken am Konjunkturrhimmel zu sichern.

Wir brauchen einen flexiblen Arbeitsmarkt – und keine bürokratischen Fesseln. Wir brauchen Arbeitsanreize und Einstiegschancen für Geringqualifizierte – und keinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir brauchen Investitionen in Forschung und Bildung – und keine teuren Wahlgeschenke.

Vermeintlich soziale Wohltaten gehen zulasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und vor allem der noch immer 3,2 Millionen Arbeitslosen in unserem Land. Die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen in den vergangenen beiden Jahren bedeutet eine Million gute Gründe, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Wir dürfen nicht nachlassen, die Politik an ihre Pflichten zu erinnern.

Vollbeschäftigung ist ein großes und anspruchsvolles Ziel. Und es freut mich, dass sich auch der Bundespräsident unseren Forderungen zur Erreichung dieses Ziels angeschlossen hat. Wer, wenn nicht eine große Koalition, kann und muss die noch robuste Wirtschaftslage nutzen, um es zu erreichen?

Die Zeit ist nach wie vor günstig. Zwar hat sich das Tempo des Wachstums verlangsamt, noch aber befindet sich die deutsche Wirtschaft in einer guten Verfassung.

Wir sollten immer wieder daran erinnern: Deutschland ist Gewinner der Globalisierung, aber wir nutzen unsere Chancen nach wie vor zu schlecht.

Die Politik steht in der Pflicht, die unternehmerischen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass wir unsere Potentiale besser entfalten können. Wenn uns das gelingt, ist Vollbeschäftigung schneller erreichbar, als so mancher denkt.



Globalisierungsgewinner
Deutschland –
Ist Vollbeschäftigung er-
reichbar?